Preis 10 Pfg.

Sozialistische Arbeiter Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Jahrgang 1931 Breslau, den 23. Oktober 1931 Nummer 3

SAP. im Stadtparlament

Die SPD. unter Führung des Oberbaurats Otte für Schrebergartensiedlung der Erwerbslosen ohne Kanalisation, aber mit Petroleumlampe — Staatsparteiler Wolf erklärt, er sei nicht so reaktionär wie die SPD. – Stadtverordnetenversammlung ersucht Magistrat auf Antrag der SAP. unter keinen Umständen die Unterstützungssätze weiter zu kürzen – Die SPD. unter Führung des Gemeindearbeiter- und Gewerkschaftssekretärs Blanck gegen die kostenlose Belieferung der Straßenbahner mit Winterkleidung – Stadtverordnetenvorsteher Friedrich in Nöten

Die gestrige Sitzung der Stadtverordnetenversammlung gab dem Breslauer Stadtparlament ein [illegible] Gesicht. Zum ersten Mal trat die Fraktion der Sozialistischen Arbeiterpartei auf. Die Stadtverordnetenversammlung ist ja kein Parlament mit Entscheidungsbefugnissen mehr. Die Preußenregierung hat ihr die letzten Entscheidungsbefugnisse genommen. Die Bureaukratie des Staates und des Magistrates regiert. Das Parlament darf nur noch deklamieren. Aber immerhin ist doch manchmal Gelegenheit geboten, wenigstens in kleinen Dingen die grundsätzliche politische Stellung zu zeigen. Es zeigte sich hierbei, daß die SPD., nachdem ihr linker Flügel herausgedrängt worden ist und die SAP. bildet, vollkommen im Kielwasser der Tolerierungspolitik segelt. Ihre Stellung etwa in der Frage der Aussiedlung von Erwerbslosen aus der Großstadt ist so, daß der größte Wirtschaftsreaktionär der Breslauer Stadtverordnetenversammlung, der Staatsparteiler C. W. Wolf, erklären konnte, die SPD. sei ihm zu reaktionär. Der größte Skandal aber war die Haltung dieser Partei und des Zentrums in der Frage der Belieferung der Straßenbahner mit Winterkleidung. Vom Magistrat war beantragt, 10 000 Mk. für die Belieferung von Straßenbahnern mit Winterkleidung zur Verfügung zu stellen, die Kosten aber dem einzelnen Straßenbahner vom Lohne abzuziehen. Die SAP. beantragte die kostenlose Versorgung. Dieser Antrag wurde abgelehnt, da nicht nur die christlichen Gewerkschaften des Zentrums dagegen stimmten, sondern sogar die SPD. unter der Führung des Gewerkschaftssekretärs Blanck vom Gesamtverbande sich der Stimme enthielt.

Die Sitzung war stürmisch. Auf der Tribüne befanden sich viele Erwerbslose, die begreiflicherweise bei den verständnislosen Reden der Bürgerlichen, zu denen sich auch der Oberbürgermeister gesellte, in Erregung gerieten. Der Antrag unserer Genossen, den Magistrat zu ersuchen, unter keinen Umständen den geplanten weiteren Unterstützungsraub durchzuführen, wurde schließlich angenommen.

Die Sitzung wurde nach 17 Uhr eröffnet. Zunächst stellte Genosse Pietsch als Berichterstatter des Ausschusses I den Antrag, den Magistrat zu ersuchen, die Rundverfügung Nr. 195 zur nochmaligen Prüfung der Pressedeputation mit dem Ziele zu überweisen, daß der Absatz 3 der Verfügung, der eine **einseitige Bevorzugung der „Breslauer Neuesten Nachrichten" bei der Zuleitung von Gelegenheitsanzeigen schaffe, aufgehoben** und daß durch eine Neufassung eine gleichmäßige Behandlung aller örtlichen Tageszeitungen sichergestellt werde. Die Versammlung stimmte debattelos zu.

Darauf folgte der Antrag der Berichterstatter **Otte und Blanck von der SPD.** in betreff der **Aussiedlung der Erwerbslosen.** Der Magistrat solle ersucht werden, innerhalb von 3 Monaten eine Vorlage einzureichen, in der die Kosten usw., sowie die Finanzierung für die **Errichtung von billigen, mit Hauszinssteuermitteln zu errichtenden Kleinstwohnungen anzugeben seien.** Diese Kleinstwohnungen von 30—40 qm seien an den Ausfallstraßen in einfachster Art, ebenerdig, mit kleinem Keller und Stallraume (nur für Kleinvieh), mit Gas-, Wasser und elektrischem Strom, aber ohne Kanalanschluß und mit etwa 1000 qm Gartenfläche gedacht! Die erforderlichen Aufschließungs- und Straßenbauarbeiten, die in einfachster und billigster Form herzustellen seien, sowie die handwerksmäßige Mitarbeit am Bau selbst sollten durch die beteiligten arbeitslosen Mieter selbst ausgeführt werden, wobei diesen die erarbeiteten Summen — abzüglich der Erwerbslosenunterstützung — als eingebrachtes Baukapital gut zu schreiben seien usw.

Dieser Antrag wurde von der SAP. abgelehnt. Gerade für die Erwerbslosen, erklärte Genosse Stope, für diese Opfer des Lohnraubs, müßte ein Abbau der Mieten erfolgen, müßte der Magistrat auf Grund der durch die letzte preußische Notverordnungen verschlimmerten Notlage Mittel und Wege finden, die Lage der Erwerbslosen zu ändern. Anstatt dessen bringe der Vertreter der SPD., die diese Notverordnung toleriert habe, einen Antrag ein, der die Arbeiter in die primitivsten Wohnverhältnisse zurückwerfe, wo sie sogar zur Petroleumlampe zurückgreifen müßten, wie der Vertreter der SPD. selbst im Ausschuß erklärte. Maurer, Zimmerer usw. sollten bei dem Bau dieser Wohnungen von dem tarifmäßigen Lohn nur den Teil erhalten, den sie als Arbeitslosenunterstützung empfingen, sich das übrige dagegen als Baukapital gutschreiben lassen. Das bedeute die Einführung einer Zwangssparpflicht. Würde man das anderen Kreisen zumuten, ihnen vom vollen Lohn nur die Hungersätze der Arbeitslosenunterstützung zu zahlen und den Hauptteil als Zwangsspargeld zu entziehen? Wie stellt sich der Baugewerkschaftsbund dazu, fragte Genosse Stope? Wollen die Gewerkschaften einen solchen reaktionären Antrag unterstützen, wie ihn hier der Vertreter der SPD. einbringt? Die SAP. fordere, daß der Arbeiter tarifmäßig bezahlt werde. Die SAP. lehne daher den Antrag der Sozialdemokratie zum Bau von Kleinstwohnungen ab.

Bezeichnend war nun, daß selbst der Staatsparteiler, der Wirtschaftsreaktionär C. W. Wolf, im Laufe der weiteren Debatte erklärte, der Antrag der SPD. sei ihm zu reaktionär, denn sie verlange den Aufbau von Siedlungen mit den kümmerlichsten Mitteln. Aber sowohl dieser wie der Zentrumsvertreter Leuninger, der sich den Wolfschen Bedenken anschloß, stimmten dann mit ihrem Anhang dem Antrag der SPD. zu. Die SPD. gab ihrer Zustimmung die immerhin bemerkenswerte Begründung durch Höchstätter, man solle den Antrag unterstützen, da der ganze Plan ja ohnehin fallen würde. Der Antrag Ottes und Blanks wurde also gegen die SAP. angenommen.

Zu den weiteren Anträgen Ottes, bei den zuständigen Stellen der Reichs- und Staatsregierung darauf hinzuwirken, daß die Verzinsung der Hauszinssteuerhypotheken, die gesetzlich vorgeschriebene Abschreibung der Gesamtkosten von mit Hauszinssteuermitteln errichteten Wohnungsneubauten und die Tilgung der Hauszinssteuerhypotheken auf 10 Jahre ausgesetzt werde, daß ferner die Tilgung der Hypotheken der öffentlichen Hand usw. entsprechend herabgesetzt und die durch diese Maßnahmen ersparten Summen restlos zum Zwecke der Mietssenkung in Neubauwohnungen verwandt würden, daß vom Reiche Mittel zur Verfügung gestellt würden, um die Mieten auf 100% des Friedenssatzes zu senken und daß die durch gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften errichteten Wohnungen dem Mieterschutzgesetz unterstellt oder entsprechende Sicherungen geschaffen würden: **zu diesen Anträgen stellte Genosse Küchler den Zusatzantrag, die in der letzten Notverordnung für den 1. April 1932 vorgesehene Senkung der Hauszinssteuer um 20% solle restlos zur Senkung der Mieten verwandt werden.** Sämtliche Anträge wurden jedoch mit den Stimmen des Zentrums gegen die Antragsteller und die KPD. abgelehnt. Angenommen wurden lediglich die Anträge: unverzüglich Maßnahmen zu treffen zur Verhinderung der Exmittierung von unverschuldet in Not geratenen Neubaumietern, wenn die Beschaffung einer ausreichenden und menschenwürdigen Wohnmöglichkeit nicht gesichert sei, und bei der Reichs- und Staatsregierung dahin zu wirken, daß eine dem Gehalts- und Lohnabbau entsprechende Senkung der Mieten durchgeführt werde.

Von den nun zur Sprache kommenden Dringlichkeitsanträgen erfuhr der von dem Sozialdemokraten Karl Pietsch eingebrachte Antrag, der Magistrat möge erklären, was er bisher für Vorbereitungen getroffen habe, um die große Notlage erheblicher Teile der vom Wohlfahrtsamt betreuten Bevölkerung zu beheben, einen Zusatzantrag durch die Kommunisten Zylla und Adelt, der u. a. als baldige Winterhilfsmaßnahmen forderte: Zahlung einer einmaligen Beihilfe, kostenlose Abgabe von Bekleidung, Schaffung von Heimen für die Erwerbslosen, kostenlose Wohnungsmiete und Verhinderung der Exmittierung. **Genosse Fritz Pietsch erklärte zu dem Antrag Karl Pietsch zunächst, daß die SPD. eigentlich kein Recht habe, solche Anträge zu stellen. Eine Partei, die die Notverordnungspolitik in Reich und Preußen toleriere und damit alle die Maßnahmen mitverschuldet habe, gegen die sie im Stadtparlament mit Entrüstung Sturm laufe, begehe eine große Unehrlichkeit. Da die SPD. zudem den gleichen Antrag schon vor einem Monat gestellt habe, scheine ihre verstärkte Aktivität nur in der Wiederholung von Anträgen zu bestehen. Genosse Fritz Pietsch verwies die SPD. darauf, daß sich ihre Anträge eigentlich an die falsche Adresse wenden. Der Magistrat wäre in allen seinen Amtshandlungen durch die staatliche Aufsichtsbehörde gebunden. Diese, der Oberpräsident, die Regierung, die eigenen Parteigenossen der SPD., das wären die zuständigen Stellen, an die sich die SPD. mit ihren Beschwerden zu wenden habe. Genosse Fritz Pietsch erklärte darauf die Zustimmung der SAP.-Fraktion zu dem Zusatzantrag Zylla und Adelt, der zwar über die Grenze des finanziell Möglichen hinausschieße, aber wenigstens konkrete Vorschläge enthalte.** Der Antrag wurde mit der notwendigen Stimmenzahl dem Ausschuß VIII überwiesen.

Der Dringlichkeitsantrag III des Berichterstatters Tilch, SPD., richtete an den Magistrat das Ersuchen, die Richtsätze der städtischen sozialen Ämter unter die Beträge vom 1. 9. 31 unter keinen Umständen zu senken.

Dringlichkeitsantrag IV wurde von unserem Genossen Kottusch eingebracht. Der Antrag ersuchte den Magistrat, die von ihm bereits mit Wirkung vom 1. November 1931 beschlossene Herabsetzung der Richtsätze in der allgemeinen und gehobenen Fürsorge wieder aufzuheben und den FürsorgeUnterstützungsempfängern mindestens die bisher gezahlten Sätze weiter zu zahlen. Genosse Kottusch begründete den Antrag mit zahlenmäßigen Angaben, die die furchtbare soziale Not und den Tiefstand des Lebensindex des Breslauer Proletariats aufzeigten. Er beantragte zugleich, die Anträge III und IV unter Übergehung der Ausschüsse zur Abstimmung zu bringen. Antrag III und IV wurden dann mit Stimmenmehrheit angenommen.

Ein weiterer, von Dr. Kleemann SPD., begründeter Dringlichkeitsantrag forderte vom Magistrat bessere ärztliche Versorgung der immer zahlreicher werdenden Schützlinge des Wohlfahrtsamts. Der Antrag wurde mit einem Zusatzantrag auf freie Arztwahl für die Wohlfahrtsunterstützungsempfänger mit Stimmenmehrheit angenommen.

Zum Schluß beantragte unser Genosse Kirstein, daß die vom Magistrat beantragte Vorlage, nach der den Straßenbahnern die Beschaffung von Winterkleidung auf eigene Kosten und zwar durch Lohnabzug zu ermöglichen sei, dahingehend geändert werde, daß der Magistrat diese Kleidung unentgeldlich beschaffen und der Betrag von 10 000 Mk. dafür zur Verfügung gestellt werde, den man ursprünglich nur als zinsfreien Vorschuß zu geben beabsichtigt hatte. Genosse Kirstein begründete seinen Antrag damit, daß die Anschaffung ausreichender Winterkleidung durchaus im Interesse der Straßenbahnverwaltung liege. Dieser Antrag wurde jedoch mit den Stimmen des Zentrums und der christlichen Gewerkschaften und durch die Stimmenthaltung der SPD. unter der Führung des Gewerkschaftssekretärs Blanck abgelehnt!

Die vielen Erwerbslosen im Zuschauerraum nahmen an den Verhandlungen, die zum größten Teil ihr Schicksal betrafen, durch Zu- und Zwischenrufe heftigen Anteil. Die Vertreter der SAP. erhielten von ihnen aus immer wieder zustimmende Rufe, die ihr ein Beweis sein dürften, daß ihre Parlamentspolitik sich auf dem richtigen Wege befindet, daß sie es ist, die die Interessen der Arbeiterklasse vertritt. Stadtverordnetenvorsteher Friedrich freilich geriet durch die Unruhe der mit Recht erregten Erwerbslosen in arge Nöte. Seine Ausweisungsbefehle wurden mit immer neuen Zurufen quittiert, so daß er es schließlich für das Klügste hielt, sich zu fügen. Aber es kommt die Zeit, dann wird das Proletariat sich noch weniger gedulden als bisher. Dann heißt es handeln!

Ganz wie bei uns

Republikschutzgesetz gegen „Radikalismus" in Spanien

Madrid. Die Nationalversammlung hat mit großer Mehrheit ein Gesetz zum Schutze der Republik angenommen. Das Gesetz richtet sich gegen rechts und links. Es stellt unerlaubten Waffenbesitz und das Tragen monarchistischer Abzeichen unter Strafe. Weiterhin sollen Versuche zur Zersetzung der bewaffneten Macht und Aufreizung gegen die Staatsgewalt bestraft werden sowie die Stillegung von Betrieben ohne triftigen Grund und Streiks, die nicht wenigstens acht Tage zuvor angemeldet sind. Nachlässigkeit öffentlicher Beamten im Dienst wird mit Geldstrafe bis zu zehntausend Peseten bedroht. Der Innenminister erhält das Recht, Versammlungen zu verbieten und politische Vereine aufzulösen. Die spanische bürgerliche Regierung scheint nicht nur um ihre Existenz zu kämpfen, sondern um das Leben des bürgerlichen Staates. Auch in Spanien wird der jetzige Staatsapparat durch einen wirklichen proletarischen abgelöst werden. Das „Berliner Tageblatt" schreibt: Die allgemeine Krise lastet schwer genug auf Spanien, Unruhen müssen das Land an den Rand des Abgrundes stoßen. Von zwei Seiten wird dieser moderne liberale Staat auf das ernsthafteste bedroht: von der klerikalen Rechten, deren Kampfzentrum in den baskischen Provinzen liegt, und von der syndikalistischen Linken, an deren Seite sich hier und da neue kommunistische Organisationen zu stellen beginnen.

Die Annahme der Verfassungsparagraphen über die Trennung von Kirche und Staat, über die Ausweisung von Jesuiten und die Beschlagnahme ihres Vermögens haben überall im Lande Proteste wachgerufen. Diese Protestaktionen konnten bei der nun einmal in Spanien üblichen Kampfesart nicht auf Worte beschränkt bleiben. Straßendemonstrationen und Proteststreiks an den Universitäten Oviedo und Valencia brachten keine Überraschung. Es gab Zusammenstöße mit der Polizei und Verwundete. In den baskischen Provinzen aber rüstet ein übereifriger Teil des Klerus um die Hochburg der Jesuiten zu bewaffnetem Widerstand gegen die Durchführung der Kirchengesetze. Es ist zu hoffen, daß die ruhige Energie des neuen Ministerpräsidenten Azana und die Vernunft auf der Gegenseite die Gefahr noch im letzten Augenblick beschwören.

Ebenso aber gährt es wie seit den ersten Tagen der Republik auch auf der Linken. Ein Eisenbahnerstreik in Andalusien hat wenig erfreuliche Zustände gezeigt. Die Regierung sah sich gezwungen, die militärpflichtigen Eisenbahnbeamten unter die Fahnen zu rufen, um den Verkehr wenigstens einigermaßen aufrechterhalten zu können. Als die Reservisten mit der Arbeit beginnen wollten, wurden sie von streikenden Kollegen gehindert und tätlich angegriffen. In Barcelona ist ein Teilstreik der Eisenbahner ausgebrochen. In Zaragossa wurde für heute mit dem Generalstreik gedroht, weil die Arbeiterschaft sich mit einem gegen einen Gewerkschaftsführer gefällten Gerichtsurteil nicht zufrieden geben wollte.

Madrid. Die Eisenbahnerstreiks in Andalusien und Malaga drohen auf ganz Spanien überzugreifen. Das Exekutivkomitee der spanischen Eisenbahnföderation hat beschlossen, unter den Mitgliedern aller angegliederten Eisenbahnorganisationen durch eine Abstimmung darüber zu entscheiden, ob der Generalstreik über ganz Spanien ausgedehnt werden soll oder nicht.

Der Generalstreik in Granada dauert jetzt seit fünf Tagen mit unverminderter Schärfe an. Alle Banken, Telephon- und Postzentralen werden von starken Abteilungen der Zivilgarde bewacht. Die Postautos sowie die wenigen Straßenbahnen, die noch in Betrieb sind, wurden von Soldaten und Zivilgardisten geführt und beschützt. Der Streik der Taxichauffeure ist vollständig.

Gestern begann der 48stündige Generalstreik in San Fernando (bei Cadix). Starke Abteilungen der Zivilgarde wurden in der Stadt konzentriert. Die Straßenbahnen und die Autobusse liegen vollkommen still. Am Nachmittag griffen die Regierungstruppen die Menge an und nahmen zahlreiche Verhaftungen vor.

Der zweite Streiktag in Puerto Real (bei Cadix) trug einen viel heftigeren Charakter als der erste. Verschiedene Gewerkschaften haben ihre Anhänger zum Solidaritätsstreik aufgerufen. Die Zivilgarde griff verschiedene Male die Streikenden an und verhaftete zahlreiche Arbeiter. Die Salzträger beschlossen die Weiterführung des Streiks und die Schiffe mußten den Hafen ohne Salzladung verlassen.

Japan räumt nicht

Tokio. Die japanische Regierung erklärt den „Rat" des Völkerbundes, die Mandschurei zu räumen, für „absolut unannehmbar".

Die offizielle japanische Antwort auf die letzte Note des Völkerbundes wird morgen erwartet. Nach den Andeutungen der japanischen Presse lehnt Japan die Vorschläge des Völkerbundes in Bausch und Bogen ab.

Der amerikanische Staatssekretär Stimson übersandte gleichlautende Noten an China und Japan, in denen er die beiden Mächte auf ihre Verpflichtungen aus dem Kelloggpakt hinweist. Stimson unterrichtete Japan im übrigen, daß die Vereinigten Staaten von dem im Kellogpakt vorgesehenen Mittel wirtschaftlicher Zwangsmaßnahmen keinen (!) Gebrauch machen würden.

Inzwischen wird die japanische Besatzung in Schanghai durch Marineinfanterie, sieben Tanks und eine große Anzahl Maschinengewehrabteilungen ergänzt. Im Hafen von Schanghai liegen sechs japanische Kriegsschiffe vor Anker.

IN ALLER KÜRZE

Geldbriefträger überfallen

Berlin. Am Mittwoch gegen 11 Uhr wurde der 53jährige Geldbriefträger Schildeisen vom Postamt I in Pankow von unbekannten Tätern überfallen, die ihm die Geldtasche mit 700 Mark Inhalt abschnitten und damit entkamen.

150 Menschen ertrunken

Überschwemmungs-Katastrophe in Madras

Kalkutta. Eine große Überschwemmungskatastrophe hat den Bezirk von Vizianagram in der Präsidentschaft Madras heimgesucht. Nach den bisherigen Feststellungen sind mehr als hundertfünfzig Menschen ertrunken, während etwa zweitausend obdachlos geworden sind und vom Hungertode bedroht werden.

Burgfrieden?

Das wahre Gesicht des Wirtschaftsbeirates

Artikel 165 der Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 lautet:

„Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken. . . . Die Arbeiter und Angestellten erhalten zur Wahrnehmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen gesetzlichen Vertretungen in Betriebsarbeiterräten, sowie in nach Wirtschaftsgebieten gegliederten Bezirksarbeiterräten und in einem Reichsarbeiterrat.

Die Bezirksarbeiterräte und der Reichsarbeiterrat treten zur Erfüllung der gesamten wirtschaftlichen Aufgaben und zur Mitwirkung bei der Ausführung der Sozialisierungs-Gesetze mit den Vertretungen der Unternehmer und sonst beteiligter Volkskreise zu Bezirkswirtschaftsräten und zu einem Reichswirtschaftsrat zusammen. . . . Den Arbeiter- und Wirtschaftsräten können auf den ihnen überwiesenen Gebieten Kontrolle- und Verwaltungsbefugnisse übertragen werden."

Soweit die Verfassung. Aus ihr geht klar und deutlich die demokratische Absicht hervor, den Reichsarbeiterrat als **wirklichen** Vertreter der Arbeitnehmerschaft auf **parlamentarischer** Basis aufzuziehen, dergestalt, daß aus den Betriebsräten die Bezirksräte, und aus diesen wieder die Reichsarbeiterräte gewählt werden sollen.

Mit dem Bau der untersten Stufe wurde begonnen, als am 4. Februar 1920 das Betriebsrätegesetz erlassen wurde. Damit war die Grundlage eines demokratischen Aufbaues gegeben, aber zu den nächsten Schritten kam man nicht mehr. Zwar wurde ein Reichswirtschaftsrat — nicht gewählt, sondern eingesetzt, aber schon nach kurzer Zeit ist er zum Popanz herabdegradiert worden. In seinem Schoße ruhen seit Jahr und Tag Gesetzentwürfe und Vorlagen, indes die kapitalistische Wirtschaft mit rasenden Schritten dem Abgrund entgegeneilt. Die Arbeiterschaft ist mit Bewußtsein von der im Artikel 165 der Reichsverfassung vorgesehenen Mitwirkung an der Gestaltung der Wirtschaft — schon gar nicht zu reden von der Sozialisierung — ausgeschaltet worden. Anstatt daß die Gewerkschaften und mit ihnen die SPD. in den vergangenen 12 Jahren alles darangesetzt hätte, für den Ausbau des Betriebsrätegesetzes zu einem Mitbestimmungsfaktor in allen wirtschaftlichen Angelegenheiten zu sorgen, haben sie sich ins Schlepptau der Großindustrie und der Großagrarier nehmen lassen, die ihrerseits selbstverständlich alles verhindern, was zu einem wirklichen Mitbestimmungsrecht der arbeitenden Klasse auf wirtschaftlichem Gebiete führen könnte. Wie gerade in den letzten Jahren das Betriebsrätegesetz immer mehr verwässert und in seinem Sinne vollkommen verdreht worden ist, so daß es heute geradezu gegen die Arbeitnehmer ausgelegt wird, das beweisen täglich Arbeitsgerichtsurteile, die sich darauf stützen, daß der Betriebsrat für die ruhige Entwicklung des Betriebes zu sorgen hat.

Nun ist das neueste Gebilde entstanden, das die Wirtschaft am Rande des Ruins noch einmal retten soll und — darauf wird es hinauslaufen — auf dem Wege des „Burgfriedens" den letzten Tropfen Blut aus der arbeitenden Klasse herausholen soll. Der neue Wirtschaftsbeirat erhält seine besondere Note dadurch, daß er von Hindenburg persönlich ernannt worden ist. Man hat den alten Herrn wieder einmal in den Vordergrund schieben müssen, damit die Sache leichter geht und der „Burgfriede" auf alle Fälle gesichert bleibt, auch wenn die Forderungen dieses Wirtschaftsbeirates für 90% der Bevölkerung unerträglich sein sollten. Ernannt worden sind 25 Mitglieder, und diese Zahl läßt schon darauf schließen, daß unter ihnen sich der zukünftige und endgültige Vorsitzende befindet, der erst dann in Erscheinung treten dürfte, wenn es sich um „Taten" handeln wird.

Wer sich die Namen der Mitglieder des Wirtschaftsbeirates ansieht, der braucht sich nicht zu wundern, daß die bürgerliche Presse die Angelegenheit, wenn auch ohne besonderen Optimismus, so doch als selbstverständlich hinnimmt, wundern muß er sich nur, daß der sozialdemokratische Pressedienst zu dieser Liste von „Volksvertretern" keinen Kommentar findet. Hier ist sie:

Geheimer Kommerzienrat Dr.-Ing. h. c. Ernst v. Borsig, Fabrikbesitzer in Berlin-Tegel; Dr. Brandes, Präsident des Deutschen Landwirtschaftsbeirates, Königsberg; Reichskanzler a. D., Geheimer Oberregierungsrat Dr. Cuno, Vorsitzender des Vorstandes der Hapag-Hamburg; Gewerkschaftssekretär Wilhelm Eggert-Berlin; Gewerkschaftsführer Peter Graßmann-Berlin; Maurer- und Zimmermeister Robert Groß-Königsberg i. Pr.; Kaufmann Dr. jur., Dr.-Ing. h. c. Bernhard Grund, Präsident der Handelskammer Breslau; Kaufmann Dr. jur., Dr. phil. Albert Hackelsberger-Geflingen i. Baden; Papierfabrikant Georg Haindl-Augsburg; Wagenbaumeister Wilhelm Hecker, Präsident der Handwerkskammer Düsseldorf; Gutsbesitzer Dr. Holtmeier-Lienen, Kreis Tecklenburg, Westfalen; Geschäftsführer des Deutschen Gewerkschaftsbundes Dr. Joseph Jahn-Berlin; Kaufmann Louis Körner-Berlin; Rittergutsbesitzer von Oppen, Präsident der Landwirtschaftskammer Brandenburg, Dannenwalde; Bernhard Otte, Vorsitzender des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Berlin; Direktor Dr. rer. pol. h. c. Robert Pferdmenges-Köln; Bäckermeister Ernst Pflugmacher-Magdeburg; Direktor der Commerz- und Privatbank, Friedrich Reinhart-Charlottenburg; Max Rössiger, Vorstandsmitglied des Gewerkschaftsbundes der Angestellten, Berlin-Zehlendorf; Dr. jur. Schmitt, Generaldirektor der Alliance und Stuttgarter Verein A.-G.-Berlin; Geheimer Kommerzienrat Dr. jur. h. c. Hermann Schmitz, Vorstandsmitglied der I. G. Farbenindustrie A.-G.-Berlin; Dr. jur., Dr.-Ing. h. a. c. Silverberg, Industrieller-Köln; Otto Suhr, Vorstandsmitglied des Allgemeinen Freien Angestelltenbundes-Berlin; Generaldirektor Dr.-Ing., Dr. phil. h. c. Albert Vögler-Dortmund; Fabrikbesitzer Willi Wittke-Dresden.

K. M.

Hirschberg. Im Riesengebirge sind Schnee und Kälte eingetreten. Am Mittwoch waren auf der Schneekoppe 7 Grad Kälte.

Berlin. Die preußische Staatsregierung hat, wie das „Tageblatt" berichtet, bei der Reichsregierung angeregt, die Fürsorgeerziehung in erheblichem Umfange einzuschränken.

Essen. Am späten Abend des Dienstag drangen im Stadtteil Borbeck etwa 30 bis 40 Personen nach Zertrümmerung der Eingangstür in die Verkaufsstelle des Konsumvereins „Selbsthilfe" ein. Sie zerstörten eine Telephonleitung und entwendeten Lebensmittel aller Art im Werte von 450 RM. Was die Täter nicht mitnehmen konnten, wurde von ihnen zerstört und vernichtet. Sie warfen Eier an die Wand, zertraten Lebensmittel usw. Danach flüchteten die Personen unter dem Rufe „Heil Hitler!"

Zum Streikbruch kommandiert

Wer nicht Streikbrecher sein will, wird ausgeschlossen

Die Nationalsozialisten haben sich in der „Deutschen Hilfe" eine eigene „Gewerkschaft" geschaffen. Angeblich ist den Mitgliedern dieser Organisation verboten, Streikbrecherarbeit zu leisten. Anläßlich eines Buchdruckerstreiks bei der „Preetzer Zeitung" wurden jedoch von der „Deutschen Hilfe" Funktionäre der Nazis aufgefordert, sich bei dem Unternehmer als Streikbrecher zu melden, weil die Streikparole der Buchdruckergewerkschaften angeblich nichts weiter sei als „sinnloses Gebell der Marxisten gegen eine deutsche Arbeitsstelle". Zwei nationalsozialistische Schriftsetzer haben sich auch als Streikbrecher gemeldet. Ein dritter nationalsozialistischer Funktionär wagte nicht, die ihm befohlene Streikbrecherarbeit aufzunehmen. Er wurde deshalb aus der Nationalsozialistischen Partei ausgeschlossen.

Diese Zeitung ist ein Provisorium

Ab 1. November erscheint die achtseitige **SAZ.**

Staat in Gefahr!

„Süße, heilige Zensur,
lass' uns geh'n in deiner Spur,
führe uns an deiner Hand
Kindern gleich am Gängelband!"
(Spottvers auf die deutsche Zensur 1848.)

In Dutzenden von Zeitungen, in Hunderten von Versammlungen wurden die Gedichte Erich Weinerts: „Der rote Feuerwehrmann", „Der neue Stern", „Der rote Wedding" abgedruckt oder vorgetragen. Noch nie hat selbst der eifrigste Polizeioffizier Anstoß an ihnen genommen. Aber der auf Schallplatten gesprochene Text scheint um vieles gefährlicher zu sein, als wir uns bisher träumen ließen. So hat die Staatsanwaltschaft gegen Weinert wegen folgender „weniger" Vergehen Anklage erhoben: 1. Aufforderung zu Gewalttätigkeiten, 2. Beschimpfung der republikanischen Staats-

Der Polyp

Eine Novelle von Fjodor Gladkow

2)

Copyright Malikverlag

„Heute kennen die Menschen mit zwanzig Jahren alle Gerüche des Lebens. Die Rote Armee liegt mir nicht. Dort marschiert man zu geradlinig, und ich liebe die geraden Linien nicht."

„Nun und ich liebe nicht allzusehr die gewundenen und verwickelten Linien. Wir haben darum beide nicht denselben Weg. Ich bin beschäftigt, lassen Sie mich in Ruhe. Und bitte, bemühen Sie sich nicht noch einmal her . . ."

Er verließ mich munter, würdevoll, wie ein Sieger. Und wieder bemerkte ich an ihm diese ungehemmte Sicherheit und das Bewußtsein unbezwingbarer Stärke. Sogar sein Rücken mit den breiten Schulterblättern, selbst der behaarte Nacken waren geschwellt von diesem Vertrauen zu sich selbst und dem Stolz, nicht umsonst zu leben.

Zwei Tage vergingen. Ich vergaß ihn in der Unruhe und im Drange der Geschäfte. Die Tage waren ermüdend, nervenaufreibend, die Arbeiter aufgestört und voll Furcht. Jeden Augenblick mußte beschwichtigt, beruhigt, überredet werden. Die Weiber heulten. Die Luft war von Flüchen geschwängert. Allgemeine Besessenheit, Angst, Ratlosigkeit, Wut. In der Kontrollkommission Skandale, Mißverständnisse. Die Fabrik knarrte wie ein ungeschmiertes Rad. Die Arbeiter sahen einen aus trüben Augen an, und man fühlte mit Schmerz: zwischen dir und ihnen riß ein inniges Band. Man stand gleichsam auf glühendem Rost und sah in jedem einstigen Freund einen verwundeten Feind.

An einem dieser Tage komme ich in den Betriebsrat. Im Flur eine Menschenmenge, wie Küchenschaben. Man quetscht einander, gröhlt, streitet, andere sitzen und warten finster auf etwas. Ich gehe durch das Zimmer der Kulturkommission und sehe: hinter dem Tisch, an der Seite des Vorsitzenden, eines zwar tiefsinnigen aber nicht eben sehr hellen Jungen, sitzt — dieser selbe Pfropfenzieher und macht viel Worte, um ihm etwas klarzumachen. Die Finger spielen mit den Papieren und furchen mit den Nägeln Säume hinein. Der Vorsitzende der Kulturkommission ist ganz verblüfft, sieht ihn mit Fischaugen an und schluckt nur so seinen Speichel.

„Sind Sie auch hier hineingekrochen, Genosse Kowaljow? Was tun Sie hier?"

Er lächelte lieb, wie ein alter Freund, und hielt fröhlich, mit dem Entzücken eines Säuglings, die Hand hin. Noch war ich mir nicht schlüssig, sollte ich ihm die Hand geben oder nicht, als er sich bereits vertraulich, beinahe lässig, an meiner Hand festgesaugt hatte. Darauf lehnte er sich selbstsicher zurück, schlug salopp ein Bein über das andere und rauchte sich eine Zigarette an.

„Wir, ich und der Vorsitzende der Kulturkommission, Genosse Direktor, lösen gerade einige schwierige Aufgaben der Bildungsarbeit. Ich habe einige wichtige Verbesserungen erreicht und ihm einige Amerikas entdeckt. Er findet mich nicht ohne Talent und Energie. Ich bin mit ihm vollkommen einverstanden . . ."

Der Vorsitzende der Kulturkommission lächelte überwältigt, klatschte mit der ganzen Begeisterung, deren er fähig war, auf die Papiere und kaute mit Genuß die Worte:

„Ich muß gestehen . . . eine Menge Wertvolles . . . muß verwertet, bearbeitet und durchgeführt werden."

„Man hat also angebissen, Genosse Kowaljow?"

„Man hat also angebissen, Genosse Direktor?"

„Ein hartnäckiger Bursche sind Sie aber!"

„Der Mensch mißt sich an seinen Zielen. Den Zielen entspricht die Größe dessen, was man errungen hat. Das klare Ziel zeigt sich in der Hartnäckigkeit."

Er war nicht dumm. An klugen Leuten hat man stets seine Freude.

Der Vorsitzende des Betriebsrats war ein vorsichtiger Mensch, sehr feinfühlig für die Stimmung der Arbeiter. Zusammen mit ihnen aufgewachsen, kannte er jeden mit allen Eigenheiten. Er war ein Jugendfreund von mir. Wir entflammten gemeinsam für die Revolution. Wir brachten zusammen auch die Fabrik wieder in Gang. Ein Junge mit warmem Herzen, bereit, das letzte Hemd herzugeben und sein Leben für den Kameraden zu opfern. Als Vertreter der Gewerkschaft packte er mich manchmal fest an der Kehle. Von Angesicht finster, stiergestaltig, menschenscheu, konnte er dem Neuling herzlos, roh und vielleicht beschränkt erscheinen. Ein gut Teil Schuld an seinem abstoßenden Aeußeren trug der Schnurrbart: er verdeckte in langen roten Haaren seine Lippen fast bis zum Ende des Kinns. Er hatte etwas von einer Spinne, etwas Unheimliches. Seine Seele aber war die zärtlichste.

„Sieh zu, Bruder Andrjuscha, daß du nicht strauchelst. Während des Abbaus neue Leute einzustellen, erscheint mir nicht ratsam."

„Was Teufel, neue, wenn wir die alten nirgends unterbringen können! Wovon sprichst du?"

„Dieses Nagetier dort hat mich schon gekratzt. Ich habe ihn zum Teufel geschickt. Jetzt sachwaltet er bei dir in der Kulturkommission."

„Ach, du sprichst vom Genossen Kowaljow?"

Und in seinen Augen spielten kindliche Lichter, die Schnurrbartspitzen regten sich wie Spinnenfüße.

„Du scheinst dich nicht auf Menschen zu verstehen, Bruder. Dieser Junge ist sehr wertvoll und in der Bildungsarbeit ein wahrer Virtuos. Er vollbringt Wunder."

„Na, er ist, scheint's, auch in dich mit Haut und Haar hineingekrochen. Paß nur auf, daß es keine Ungelegenheiten gibt: Abbau. Es wird Krawall! geben, wenn die Arbeiter Wind kriegen . . ."

Einige Zeit darauf stürmte so ein halbes Dutzend entlassener Arbeiter — junge Burschen — zu mir herein. Schwitzend, in den Augen nur das Weiße, sie keuchten, die Worte überstürzten sich, sie fuchtelten mit den Armen:

„Was heißt das, Genosse Muchin? Man schmeißt uns über Bord wie Mist, und irgendwelche Strauchräuber und Banditen erhalten hohen Tarif und kommen in die erste Reihe? Wir sind nicht gewillt, so etwas zu ertragen. Wir dulden nicht, daß man uns auf den Kopf spuckt!"

„Um was handelt es sich, Kinder? Hier sind keine Strauchräuber, und niemand spuckt euch auf den Kopf. Ihr schwatzt Unsinn."

(Fortsetzung folgt)

form, 3. Aufreizung der Bevölkerung zum Klassenhaß, 4. Verächtlichmachung kirchlicher Einrichtungen. Am 24. Oktober wird man in Moabit zu Gericht sitzen über die Kunst Erich Weinerts. Ob er freigesprochen oder verurteilt wird, bleibt sich schließlich gleich. Schon die Tatsache, daß es einen Staatsanwalt gegeben hat, der an diesen Gedichten Anstoß nahm, ist bezeichnend für die Haltung der Justiz im bürgerlichen Staate gegenüber der Kunst des Proletariats. Das fürchterliche Gespenst des Bolschewismus, von dem man stets dann spricht, wenn man die Arbeiterklasse meint, muß bekämpft werden, auch um den Preis der Lächerlichkeit. Es muß schlecht stehen um eine herrschende Klasse und ihren Staat, wenn sie sogar Schallplatten zensurieren zu müssen glaubt. Die Sympathie aller, die Weinerts Gedichte je begeistert haben, ist mit ihm im Gerichtssaal. Seine Gedichte werden, auch wenn die Schallplatten verboten werden sollten, weiter die Proletarier aufrütteln und zum Kampf begeistern.

Klassenmonopol-Hochschule

Nach der Revolution von 1918 mußte der neue Staat den Hochschullehrern weitgehende wirtschaftliche Zugeständnisse machen, um sie von der Güte der parlamentarischen, demokratischen, bürgerlichen Republik zu überzeugen. So gelang es damals, „die Elite der Nation" zum Schweigen zu bringen.

Die Mehrzahl der deutschen Studenten stammt aus den Kreisen des Kleinbürgertums, das durch die Entwicklung des Kapitalismus in steigendem Maße wirtschaftlich enteignet und somit gesellschaftlich degradiert wird. Diese Studenten haben fast keine wirtschaftlichen Zukunftsaussichten, ihre Studienzeit ist nichts weiter als eine Hinauszögerung der sicheren Arbeitslosigkeit.

Der Mehrzahl der deutschen Studenten ist es bisher schon kaum gelungen, die hohen Hochschulgebühren — Semester für Semester aufzubringen. Die Zahl der Freistudenten ist ohnehin gering.

So mutet es den unbefangenen Beobachter merkwürdig an, wenn in diesen Tagen das preußische Kultusministerium eine beträchtliche Erhöhung der Gebühren an den Universitäten verfügt. Wer bisher mit Mühe gerade 85 Mark Studiengebühren im Semester aufzubringen vermochte, soll nun 100 Mark zahlen, und wer keine 30 Mark besitzt, wird nicht mehr als Student eingeschrieben.

Doch auch die Professoren sind nicht vergessen worden. Ihre Bezüge sollen nach der neuen Verordnung im allgemeinen um 20 v. H. gekürzt werden.

Man klagt in den Kreisen des Bürgertums über die Radikalisierung der Studenten, man verwundert sich darüber, daß es Studenten sind, die in der nationalsozialistischen Bewegung in vorderster Reihe stehen; aber man setzt durch die Erhöhung der Gebühren den Weg, der zur Radikalisierung der Studenten führt, fort. Die Professoren, denen im allgemeinen die republikanische Staatsform, trotz vieler Vergünstigungen, durchaus nicht ans Herz gewachsen ist, werden sicher auch nicht dem gegenwärtigen Regime freundlicher gegenüberstehen, nachdem man ihnen den Brotkorb höher gehängt hat. Vor allem aber bedeutet die Erhöhung der Gebührenordnung der Universitäten eine weitere Verschärfung des Klassenprivilegs der Hochschulausbildung. Gab es bisher nur verschwindend wenige Arbeiterstudenten, so wird ihre Zahl durch die neue Klassenverordnung noch dezimiert werden.

Für uns ist es darüber hinaus immerhin amüsant, zu beobachten, daß der bürgerliche Staat nicht einmal den Teil der Jugend, den er zu Funktionären des Klassenstaates bestimmt hat, wirtschaftlich sicherzustellen und stimmungsmäßig an sich zu fesseln vermag. Auch diese Heraufsetzung der Hochschulgebühren ist, wenn sie auch nur einen kleinen Kreis betrifft, ein Zeichen des Niederbruchs einer überfälligen Gesellschaftsordnung.

Die Sozialistische Arbeiterpartei fordert die Beseitigung des Klassenprivilegs der Hochschulbildung. Sie verlangt, daß die Universitäten dem Begabten geöffnet werden.

ARBEITERSPORT

FUSSBALL

Bezirksvorstand — Fußball. Zu den Spielen V. f. R. — 1924 und Stern — Einigkeit ist der Treffpunkt 12,30 Uhr für Linienrichter und Ordner bei Grosser, Frankfurter Straße 112. Umkleidelokal dasselbe.

Fußballvorschau für den 25. Oktober

Fortgang der Bezirksmeisterschaftsspiele. — Wer wird Meister werden?

Der Spielbetrieb des kommenden Sonntages ist nicht allzu umfangreich, so daß sich das Hauptinteresse der Breslauer Arbeitersportler auf das Spiel der Gruppenmeister Stern und Einigkeit konzentriert. Mit diesen beiden Mannschaften stehen sich die Favoriten der diesjährigen Meisterschaft gegenüber. Der Stand der Meisterschaftstabelle ist augenblicklich so, daß Stern und Blauweiß mit je einem gewonnenen Spiel die Führung behaupten. Allerdings greift Einigkeit am Sonntag erstmalig in die Ereignisse ein. Eine Klärung sollte aber selbst am Sonntag noch nicht zu erwarten sein, da ja beide Mannschaften noch gegen Blauweiß zu spielen haben. Die Frage, wer also Meister werden wird, ist offener denn je und wir haben es schon sehr häufig erlebt, daß die aktiven Mannschaften sich an Tips und Voraussagen nicht gehalten haben und dadurch für Abwechslung sorgten. Das Meisterschaftsspiel, das am Sonntag um 15.30 Uhr auf dem Spartaplatz am Schlachthof zum Austrag kommt, wird aber von beiden Mannschaften äußerst ernst genommen. Das beweist die Aufstellung der beiden Kontrahenten, die die denkbar stärkste ist. Stern will mit folgender Mannschaft den Kampf aufnehmen: Scheibel — Kretschmer — Grätz — Stenzel — Karich — Weidner — Träumer — Mirschwa — Göbel — Klose — Lachmann. Mit dieser Mannschaft hat Stern in glatter Weise die Gruppenmeisterschaft der ersten Gruppe erringen können. Alle 11 Spieler sind sehr gut aufeinander eingespielt, so daß es eigentlich schwache Stellen nicht gibt. Besonders gut scheint der Sturm zu sein, der ein flaches Zuspiel bevorzugt und imstande ist, aus jeder Möglichkeit Tore zu erzielen. Große Energie und Siegeswillen hat diese Mannschaft von jeher ausgezeichnet. Anders die Mannschaft Einigkeit. Die Erringung der Gruppenmeisterschaft wurde Einigkeit nicht gerade leicht gemacht. Allgemein hatte man mit einer Meisterschaft Einigkeits auch nicht mehr gerechnet. Als aber Falke einen spielerischen Rückschlag erlitt und Einigkeit die Situation erkannte, gab es für diese Mannschaft nur ein Ziel: An die Spitzenmannschaften heranzukommen. In welcher Form Einigkeit in den Ausscheidungsspielen F. S. B. und Falke niederrang, dürfte ja allen noch in Erinnerung sein. Einigkeits Aufstellung für das Spiel am Sonntag ist folgende: Scheibel, Alfred — Schneider — Jänisch — — Strauß — Wenzel — Böhm — Pogrifke — Hoffmann I — Hoffmann II — Machert — Klose. Diese Aufstellung vereinigt das stärkste Material, über das Einigkeit verfügt. Es ist auf Grund dieser Aufstellungen sehr schwer, eine Voraussage über den Sieger zu treffen. Nur soviel steht fest, daß beide Mannschaften unter Aufbietung des ganzen Könnens um den Sieg ringen werden. Es sollte deshalb am Sonntag nachmittag für Breslaus Arbeiter-Fußballer nur eins geben: Zum Bezirksmeisterschaftsspiel auf dem Spartaplatz! Vor diesem Spiele stehen sich zum vierten Male die Mannschaften von V. f. R. und 1924 gegenüber. Hier gilt es, den Abstiegskandidaten zu ermitteln. In vier Spielen war es nicht möglich, eine Entscheidung herbeizuführen. Hartnäckig werden diese beiden Mannschaften um den Verbleib in der ersten Klasse kämpfen. Die Spielstärke beider ist gleich. Wenn man 1924 die besseren Aussichten zuspricht, dann geschieht dieses nur gefühlsmäßig. Das Spiel findet ebenfalls auf dem Spartaplatz statt und beginnt bereits um 13.15 Uhr. Aus Anlaß des Bezirksmeisterschaftsspieles besteht für Breslau ab 12 Uhr Spielverbot.

Gesellschaftsspiele

Da sich das Hauptinteresse des Sonntags auf das Meisterschaftsspiel konzentriert, ist der übrige Spielbetrieb nicht allzu umfangreich. Die Spiele des Vormittags beginnen sämtlich 10.30 Uhr. Es stehen sich gegenüber:

Cawallen — Einheit in Cawallen. Hier erwartet man Cawallen als Sieger.

Südost — Wratislawia in Klettendorf. Zeigt Südost keine besseren Leistungen, wie an den letzten Sonntagen, dann dürfte Wratislawia zu einem Siege kommen.

Eintracht — 1921 in Masselwitz. Dieses Spiel müßte der Gruppenmeister 1921 gewinnen.

West — Pfeil im Eichenpark. Mit West dürfte der Sieger genannt sein.

Freie Sportfreunde — Rapid auf der Zankholzwiese. Die Niederlage, die Sportfreunde am Vorsonntag erlitt, gibt zu denken. Ihr Sieg gegen Rapid steht also absolut nicht fest.

V. f. B. — Hermsdorf in Oltaschin. Hermsdorf wird nicht bestehen können.

Adler — Rosenthal in Schwoitsch. Da Adler auf eigenem Platz spielt, werden sie Rosenthal sicher schlagen.

1930 — Sparta in Maria-Höfchen. Zwei Mannschaften mit völlig verschiedenem Spielsystem stehen sich hier gegenüber. Ein Sieg 1930 würde nicht überraschen.

1928 — Wacker in Goldschmieden. Wacker wird alle Kräfte einsetzen müssen, um 1928 schlagen zu müssen.

Sil. Kick. — Z. d. A. im Stadion. Tritt Sil. Kick mit voller Mannschaft an, so ist an ihrem Siege nicht zu zweifeln.

Canth — Tasmania um 15,30 Uhr in Canth. Man erwartet Tasmania als Sieger.

Herold — Schmolz in Sacrau. Herold sollte erst nach Kampf gewinnen.

Militsch — Obernigk in Militsch. Militsch wird gegen die kampffreudigen Obernigker nicht bestehen können.

Gesellschaftsspiele für den 25. Oktober

10,00 Uhr: Südost I — Wratislawia I, Klettendorf: 118. / 10,30 Uhr: Cawallen I — Einheit I, Cawallen: 24. / 9,00 Uhr: Cawallen II — Einheit II, Cawallen: Herold. / 10,00 Uhr: F. S. B. II — Einigkeit II, Bebelpark: Sparta. / 8,30 Uhr: F. S. B. III — Einigkeit III, Bebelpark: 1921. / 10.30 Uhr: Hermsdorf II — Union III, Hermsdorf: 197. / 9,30 Uhr: Hermsdorf I Jug. — Einigkeit I Jug., Hermsdorf: 197 / 8,30 Uhr: Sparta II Jug. — Einheit II Jug., Schlachthof: Sturm. / 9,00 Uhr: Südost II Schül. — F. S. B. II Schül., Klettendorf: Verein.

Das Spiel Sparta III — 1930 III ist nicht 9,00 Uhr, sondern 9,30 Uhr. / V. f. R. I — 1924 I beginnt bereits 13,15 Uhr.

1. Bezirk — 14. Kreis. Dienstag, den 27. 10., 20 Uhr: Sitzung im Kartellbüro.

HANDBALL

Handballverhandlungsausschuß. Montag, den 26. 10., haben folgende Genossen zu erscheinen:

19,30 Uhr: Fichte-Mochbern I. Männer mit Pässen. Dazu Hempel (1897).

19,50 Uhr: Stock Wilhelm, Matzke Wilhelm und Polotzeck (alle 8. Abt.), Hubrich (9. Abt.), Hempel (1897).

20,20 Uhr: Hensel, Klose, Marschwitz, Fiedler-Stabelwitz.

20,40 Uhr: Protestverhandlung Südost I — Stabelwitz I; dazu beide Mannschaftsführer und Schiedsrichter Keusch (Deutsch-Lissa).

Bezirksspielausschuß. Die Vereine und Abteilungen, welche Jugendgenossen für Männermannschaften gemeldet haben, müssen mit den Pässen der Jugendlichen am Montag, den 26. Oktober, zwecks Abstempelung bei Hanke, Leuthenstraße, erscheinen.

Handballvorschau für den 25. Oktober

Nach einem spielfreien Sonntag treten am kommenden Sonntag wieder alle Handballmannschaften in Aktion. Die erste Halbserie geht langsam dem Ende entgegen. Der vorletzte Sonntag der ersten Hälfte bringt uns wieder einige interessante Treffen, welche auf den Tabellenstand von großer Bedeutung sind. In der Manner A-Klasse Gruppe Ost fällt am Sonntag im Spiel 9. Abt. — 5. Abt. die Entscheidung. In der anderen Gruppe kann man wohl die Schwimmer als Halbserienmeister betrachten, denn sie stehen momentan noch ohne Punktverlust.

Männer-A-Klasse

7. Abt. — Z. d. A. im Eichenpark. In diesem Spiel sollte die 7. Abt. zu einem weiteren Siege kommen.

9. Abt. — 5. Abt. in Gandau. Großkampf herrscht in diesem Spiel. Wer wird den Sieger stellen? Dem letzten Spielsonntag nach müßte man der 5. Abt. ein größeres Plus einräumen. Doch gerade gegen die 5. Abt. lieferte die 9. Abt. immer eines ihrer besten Spiele. Einen knappen Sieg auf eigenem Platz sollte die 9. Abt. erreichen.

8. Abt. — Sil. Kick. auf der Helmutwiese. In diesem Spiel treffen zwei durchaus gleichwertige Mannschaften aufeinander, wo eine Voraussage schwer zu nennen ist.

Mochbern — 1925, L. H. B.-Platz. Gegen Mochbern hat 1925 wenig Aussichten auf Sieg.

6. Abt. — 1897 im Ostpark. Wie 1897 gegen den Bezirksmeister abschneiden wird, ist sehr fraglich.

1. Abt. — 2. Abt. im Eichenpark. Nach dem zweistelligen Sieg gegen 1897 wird die 2. Abt. auch bestimmt in diesem Spiel als Sieger erwartet, doch ist eine Ueberraschung nicht ausgeschlossen.

Südost — Ohlau in Klettendorf. Hart wird in diesem Spiel um die Punkte gekämpft werden. Ist doch jede Mannschaft bedacht, einen guten Mittelplatz zu erreichen. Die besseren Stürmerleistungen von seiten Ohlau sollten aber an einem knappen Siege ausschlaggebend sein.

Stabelwitz — Freie Schwimmer in Stabelwitz. In Stabelwitz werden die Freien Schwimmer sehr auf der Hut sein müssen, um nicht wie im Vorjahr eine Ueberraschung zu erleben.

Männer-B-Klasse

9. Abt. — 5. Abt. in Gandau. Durch die Gleichwertigkeit beider Mannschaften würde ein Unentschieden nicht überraschen.

Mochbern — 1925 auf dem L. H. B.-Platz. Auf eigenem Platz werden die Mochberner gegen die sehr guten 1925er zu einem knappen Siege kommen.

7. Abt. — 4. Abt. im Eichenpark. Hier erwartet man 4. Abt. als sicheren Sieger.

8. Abt. — Sil. Kick. auf der Helmutwiese. Gegen 8. Abt. werden die Vereinigten kaum bestehen können.

6. Abt. — 1897 im Ostpark. In diesem Spiel wird die 6. Abt. zu einem weiteren Siege kommen.

1. Abt. — 2. Abt. im Eichenpark. Tritt 1. Abt. in voller Besetzung an, so werden sie der 2. Abt. einen ebenbürtigen Gegner abgeben. Trotzdem werden sie nicht verhindern können, daß die 2. Abt. zu einem weiteren Siege kommt.

Wratislawia — Freie Schwimmer, Brückenaue. Der Spielform nach müßten die Wratislawen den Sieger stellen, doch werden sie bei den Freien Schwimmern auf harten Widerstand stoßen.

Brieg — Deutsch-Lissa in Brieg. Wie Deutsch-Lissa in Brieg abschneiden wird, ist sehr fraglich.

Sportlerinnen

V. f. L. — 4. Abt. in Gandau. Die besseren Stürmerleistungen der 4. Abt. werden an einem Siege ihrerseits ausschlaggebend sein.

Sil. Kick. — 2. Abt. im Stadion. Gegen 2. Abt. werden die Vereinigten zu einem weiteren Siege kommen.

3. Abt. II — 3. Abt. I, Brückenaue. Die II. Mannschaft der 3. Abt. hat gegen ihre I. wenig Aussichten auf Sieg.

9. Abt. — F. S. B. im Ostpark. Spielt 9. Abt. nicht besser wie am Vorsonntag, so werden sie Sieg und Punkte F. S. B. überlassen müssen.

Die Spiele der unteren Mannschaften, Jugend-, Schüler- und Altersspieler vervollständigen das Programm des Sonntags.

Arbeiter-Athleten-Bund, 1. Bezirk

Sonntag, nachmittag 15 Uhr, Halle Brunnenschule: A-Klasse 1897 gegen A. A. V. B. 1911, B-Klasse 1897 gegen 1911, Jugend 1897 gegen 1911. Die spannendsten Kämpfe der ganzen Serie sind zu erwarten.

Ewald Linke, 1. Bezirksvorsitzender.

BRESLAU

Schlag auf Schlag

Trotz aller Verdächtigungen und Verleumdungen schreitet die SAP. von Erfolg zu Erfolg.

Vor zirka einer Woche versammelten sich annähernd 5000 Breslauer Proletarier im Zirkus Busch, um ihren unerschütterlichen Willen zum proletarischen Befreiungskampf zu bekunden. Am gestrigen Abend fand im gutbesetzten Saal des Bergkellers die erste öffentliche Frauenversammlung der neuen Partei statt, die Zeugnis ablegte, daß die Breslauer Arbeiterfrauen gewillt sind, Seite an Seite mit ihren Männern für eine Gesundung der Arbeiterbewegung, gegen die kapitalistische Anarchie, für ein sozialistisches Deutschland zu kämpfen. Nach kurzen Begrüßungsworten der Genossin König und einigen künstlerischen Darbietungen ergriff die Genossin Dueby das Wort: „Morgen wird es wieder in der SPD.-Presse heißen, nur eine Handvoll Leute seien dem Rufe der SAP. gefolgt. Die Versammlung aber bekundet das Gegenteil. Und so wie es hier vorwärts geht, so geht es im ganzen Reiche — sogar in Hamburg — vorwärts. Am 15. November wird die SAP. in Hessen eine Wahlschlacht schlagen. Sind das Zeichen der Schwäche einer Partei, die erst wenige Wochen besteht? Wir glauben das Gegenteil.

Die Zusammensetzung der neuen Partei wird eine andere sein, wie die der SPD. Unsere Mitgliedschaft darf nicht überaltert sein, beiuns wird man in der Hauptsache nicht nur die Verheirateten, im Haushalt tätigen Frauen sehen, sondern wir werden vor allem die Frauen aus Kontor und Werkstatt erfassen. Bei uns wird es keine Harmonieduselei geben, die die Arbeiterschaft nur auf die „Entwicklung" hoffen läßt und so zur Passivität führt. Die Harmonieduselei hat zur Burgfriedenspolitik während des Krieges, zu selben Maßnahmen während der Revolution und schließlich zur heutigen Ohnmachtspolitik geführt. Jetzt soll — und das mit Hilfe der SPD. — die Wirtschaftskrise auf Kosten des Proletariats gelöst werden. Wir dürfen nicht länger stillhalten und immer wieder opfern. Wir müssen uns endlich zu entschlossenem Handeln aufraffen. Der Diktatur des Monopolkapitalismus, die blutige Wirklichkeit ist, mussen wir die Diktatur des Proletariats entgegensetzen.

Während das Proletariat darauf wartet, endlich einmal mit dem Kampf gegen Reaktion und Faschismus zu beginnen, hat sich die Partei, die die Partei des Proletariats sein will, die SPD. zum Lakeien des Katholiken Brüning erniedrigt. Kapitalismus oder Sozialismus heißt heut die Losung. Überall kracht es im Gebälk der kapitalistischen Wirtschafts„Ordnung." Der so mächtige Kapitalismus wackelt in seinen Grundfesten. Die Stunde ist gekommen wo wir mit der Verzweiflung, mit der Unentschlossenheit Schluß machen müssen. Uns fehlt heute nur noch das Vertrauen zu unserer eigenen Kraft. Daß dem so ist, daran hat die SPD. nicht den geringsten Anteil der Schuld. SPD. und Reichsbanner, die durch ihre Politik bezw. Organisation haben den Glauben aufkommen lassen, als wenn es irgendwelche Gemeinsamkeiten mit dem Bürgertum gäbe. Unsere große, historische Aufgabe ist es, den breiten Massen des Proletariats den Glauben an den Sozialismus wiederzugeben. So wie das englische Proletariat über Macdonald, Snowden und Thomas zur Tagesordnung übergegangen ist, so muß auch die deutsche Arbeiterklasse über ihre Macdonalds und Ärzte des Kapitalismus zur Tagesordnung übergehen. Wir sind keine begeisterten Freunde von Blut und Terror, aber ehe wir weiter durch den Kapitalismus Tag für Tag das Proletariat morden lassen wollen, wollen wir uns einmal zum entschlossenen Handeln, zum Sturz des Kapitalismus erheben. Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein." Lebhafter Beifall lohnte die Ausführungen der Genossin Dueby.

Mit einem dreifachen Hoch auf die SAP. schloß die Versammlung.

—e.

Hochverrat!

Das Polizeipräsidium Breslau hat die Vorführung zweier Theaterstücke, die die kommunistische Kulturorganisation, der Arbeiter-Theaterbund, aufführen wollte, verboten. Die Titel der beiden Stücke heißen: „Alle Macht den Sowjets" und „Der Funke hat gezündet".

Die Manuskripte sind zwecks Einleitung eines Strafverfahrens wegen Vorbereitung zum Hochverrat vom Polizeipräsidium beschlagnahmt worden.

Seltsam! Die beiden Szenen sind dabei nachweislich in der Provinz schon oft aufgeführt worden.

Verkehrsunfall

Auf der Chaussee zwischen Klettendorf und Tinz bog ein Kraftwagen, der ein Bierfuhrwerk überholen wollte, zu weit nach links aus und stieß mit einem Motorradfahrer, der aus der Richtung aus Schweidnitz kam, zusammen. Der Motorradfahrer ist schwer verletzt. An seinem Aufkommen wird gezweifelt.

PROVINZ

In Schlesien 310742 Arbeitslose

Die Zahl der Arbeitslosen war in der zweiten Septemberhälfte etwas zurückgegangen. In der ersten Hälfte des Oktober ist wieder ein Anstieg zu verzeichnen. Besonders stark ist der Zugang von weiblichen Arbeitssuchenden.

Die Gesamtzahl der bei den schlesischen Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitssuchenden ist von 318 894 auf 320 722 gestiegen (239 458 in Niederschlesien, 81 264 in Oberschlesien). Von den insgesamt 320 722 Arbeitsuchenden sind 310 742 oder 96,9 Prozent arbeitslos.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger hat sich insgesamt um rund 5000 vermindert. Dies ist allein auf einen Rückgang um 12 250 Arbeitslosenunterstützte bei gleichzeitigem Anwachsen der Krisenunterstützten um 7262 zurückzuführen. Die verhältnismäßig starke Abnahme der Arbeitslosenunterstützten ist wesentlich auf zahlreichere Aussteuerungen infolge der Verkürzung der Unterstützungsdauer gemäß der Verordnung vom 6. 10. 31 zurückzuführen.

Für den Monat September sind auf Grund der bisherigen vorläufigen Feststellungen 37 Voll- oder Teilstillegungen durchgeführt worden, durch die 3108 Kräfte betroffen wurden. Rund die Hälfte dieser Kräfte entfällt auf den Bergbau.

Im Steinbruch abgestürzt

Girlachsdorf. Eine Gruppe Arbeiter war gestern damit beschäftigt, im Girlachsdorfer Steinbruch eine Basaltsäule niederzulegen. Auf einer vorspringenden Wand arbeitete der Steinarbeiter G. Da er sich völlig sicher fühlte, hatte er das Anseilen unterlassen. Durch eine Erschütterung der Steinmassen wurde die Arbeitsstelle des G. mit in die Tiefe gerissen und G. stürzte über 10 Meter hinunter. Er erlitt äußerst schwere Verletzungen und mußte sofort ins Krankenhaus geschafft werden.

SA.-Mann Thomas zum Tode verurteilt

Glogau. In dem Prozeß gegen den Schlosser Thomas wegen Ermordung des Reisenden Walter aus Oels, der, wie berichtet, am Dienstag vor dem hiesigen Schwurgericht begann, wurde heute das Urteil gefällt. Es lautete dem Antrage des Staatsanwalts gemäß auf Todesstrafe.

SAP.

Die Sozialistische Arbeiterpartei und die Internationale

Die bürgerliche Presse hat berichtet, daß auf der Gründungskonferenz der SAPD. in Berlin beschlossen worden sei, sich der 2. Internationale anzuschließen. Die Leipziger Volkszeitung hat es sogar fertiggebracht, ihrer Leserschaft mitzuteilen, wir würden in die Komintern gehen. **Beide Nachrichten sind nicht wahr. Beschlüsse irgend welcher Art sind überhaupt nicht gefaßt worden.** Man hat lediglich über die Frage des Anschlusses diskutiert. Wir haben zunächst alle unsere Kräfte darauf zu konzentrieren, bei uns in Deutschland eine feste und starke Partei zu schaffen. Wir stehen in engster Fühlungnahme mit allen revolutionären Sozialisten der ganzen Welt. Die dem linken Flügel der 2. Internationale angehörenden Parteien, die unabhängige Arbeiterpartei Englands und die unabhängige Sozialistische Partei Polens haben die Gründung des SAPD. lebhaft begrüßt. Mit den deutschen sozialistischen Splittergruppen, die zwischen den beiden Internationalen stehen, haben wir schnellstens Fühlung genommen und es ist uns gelungen, sie zu sammeln und sie zu einer einheitlichen Aktion zusammenzufassen. Wir wollen versuchen, auch auf internationalem Gebiet die versprengten revolutionären Gruppen zu vereinigen und zu aktivieren **und erst, wenn wir unsere Kräfte gesammelt haben, können wir die Frage des Anschlusses an die Internationale endgültig diskutieren und beschließen.**

Ein Brief der JAH. an die SAP.

Werte Genossen!

Der Landesvorstand der Internationalen Arbeiterhilfe hat nach einem Bericht unseres Genossen Peters, der mit Euch zwecks gemeinsamer Auslösung einer großen Solidaritätsbewegung bereits verhandelte, zu den Vorgängen in der Zirkus-Busch-Versammlung Stellung genommen und einstimmig das Auftreten unseres Genossen Vogt aufs schärfste mißbilligt.

Wir bitten Euch, von unserer Stellungnahme hierzu auch Euer Mitgliedschaft Mitteilung zu machen. Es ist uns daran gelegen, mit Euch die bereits eingeleiteten Verhandlungen zwecks eventueller gemeinsamer Aktionen fortzusetzen.

Wir bitten, uns daher zu einer erneuten Rücksprache Gelegenheit zu geben und fragen Euch an, zu welchem Zeitpunkt Euch diese angenehm ist.

Mit proletarischem Gruß
Internationale Arbeiterhilfe.

Schweizerische sozialdemokratische Pressestimmen zur Spaltung der deutschen Sozialdemokratie

„Berner Tagwacht", Bern.

„Wir billigen die Spaltung der deutschen Sozialdemokratie nicht. Sie hätte unter allen Umständen vermieden werden sollen. Und sie wäre zu vermeiden gewesen, wenn der deutsche Parteivorstand nicht selber den Bruch herbeigeführt hätte durch den plötzlichen Ausschluß der Genossen Seydewitz, Rosenfeld und anderer. Man durfte über die Tolerierungspolitik der deutschen Partei gegenüber dem Kabinett Brüning sehr wohl anderer Meinung sein als der deutsche Parteivorstand, auch im Auslande. Und es hätte der deutschen Partei nicht geschadet, im Gegenteil, bei der Arbeiterschaft nur das Vertrauen vermehrt, wenn die Kritik an dieser Politik stets voll zur Geltung gekommen wäre. Geleitet von diesen Erwägungen und alte internationale Rechte wahrend, haben wir der Opposition gerne Raum gewährt in der „Berner Tagwacht". Wir hatten heute noch keine Spaltung, wenn der deutsche Parteivorstand eben so tolerant gewesen wäre — so tolerant, sagen wir einmal wie gegenüber der Regierung Brüning. Welche Ironie der sozialistischen Geschichte, aber auch welche Tragik, daß eine Partei des Klassenkampfes die Klassenkämpfer nicht mehr in ihren Reihen duldet, die gegen die bürgerliche Tolerierungspolitik der Partei sind. Durch den auch in der Internationale ganz unerwarteten Ausschluß der Genossen der Opposition ist diese gewissermaßen zwangsläufig zur Gründung einer eigenen Partei gedrängt worden. Der Vermittlung der Internationale sollte es u. L. gelingen, neue Brücken zu schlagen. Orientierungshalber veröffentlichen wir den nachfolgenden Artikel über die Parteigründung und ihre Ziele, die jeder wirklich revolutionäre, klassenkämpferische Sozialist unterschreiben kann.

Unteroffizier Wels und Salonlöwe Breitscheid

In einer Betrachtung vom letzten Samstag schreibt Genosse Dr. Meierhans im „Arbeiterblatt" Luzern zur deutschen Situation das folgende:

„Die Kompromißlust der deutschen Mehrheitssozialdemokratie, unter Führung des Unteroffiziers Wels und des außenpolitischen Salonlöwen Breitscheid, hat im deutschen Bürgertum die Gewißheit reifen lassen, daß man mit einer solchen Sozialdemokratie die Reaktion schon wagen könne, vorausgesetzt, daß sie nach außen noch ein demokratisches Feigenblatt bewahre. Der Uebermut des Parteiapparates, der von einem echt kasernenhaften Geiste blinder Unterwerfung beherrscht ist, hat es nun glücklich zu einer weiteren Abspaltung gebracht. Die Oberbonzen Wels und Konsorten wollten diktieren, wie auf einem preußischen Exerzierfelde. Und als die Bannflüche nicht hingenommen wurden, griffen sie kühn zu rücksichtslosen Ausschlüssen. So kompromißlerisch, so panzerkreuzernd diese Führer gegenüber dem Bürgertum waren, wobei sie die Diktatur Brünings lammsgeduldig tolerierten, so unnachsichtig und kraftmeierisch gebärdeten sich diese Sozialdemokraten gegen die eigenen Genossen.

Man wird die Tatsache dieser Spaltung bedauern müssen, aber die Spalter sitzen in der heutigen Führung der alten Sozialdemokratie. Das ist die traurige Tatsache, die jeder objektive Beobachter feststellen muß. Es blieb den aufrührigen Seydewitz, Strobel, Rosenfeld nichts mehr anderes übrig, als die Gründung einer neuen Partei. Die Welle des Nationalsozialismus und der Kommunisten ist zu einem wesentlichen Teil auf das Schuldkonto der Kompromißpolitik der deutschen Sozialdemokratie zu buchen. Wer eine solche Politik treibt, die die Massen immer mehr ins gegnerische Lager treibt, sollte einsehen, daß er abzutreten und nicht andere auszuschließen hat. Man wird in späteren Jahren vielleicht den heute verfemten Genossen von der Sozialistischen Arbeiterpartei für ihren Mut danken, den sie in schwerer Stunde fanden, als sie das Banner der Rebellion gegen eine unheilvolle innere Parteidiktatur erhoben. Man muß sich nur daran erinnern, mit welcher Feldwebelmentalität am Wiener Kongreß die Berliner Führung auftrat; wie sie dort glaubte, mit den Genossen aus anderen Ländern ungefähr so verfahren zu können, wie mit den eigenen. (Dabei hatte sie allerdings einige unliebsame Erfahrungen zu machen.)

Die KPD. hat für heute eine Versammlung mit „Frau Seydewitz" angekündigt. Es handelt sich hier um eine Irreführung. Ruth Seydewitz ist und bleibt Mitglied der SAP.

Organisations-Nachrichten der SAP.

Partei-Büro: Breslau 6, Friedrich-Wilhelmstraße 16.
Bürozeit von 8—13 und von 16—19 Uhr
Sonnabends von 8—14 Uhr.
Telefon Nr. 567 68.

Distriktsführer: Die Mitgliedszahlen der einzelnen Distrikte sind sofort nach dem Büro zu geben. Für jeden Übertritt ist auch ein Schein auszufüllen, damit wir Unterlagen für unsere Kartei haben.
Distriktslokale sofort im Parteibüro melden.
Beitragsmarken sind möglichst bald abzurechnen.

Frauen-Funktionäre
Sonnabend, den 24. Oktober, 20 Uhr: Versammlung mit der Genossin Dueby. Wir besprechen unsere organisatorischen Aufgaben.

Erweiterter Vorstand
Montag, den 26. Oktober, 20 Uhr, bei Bräuer, Gabitzstraße.

Funktionär-Versammlung
Donnerstag, den 29. Oktober, im Bergkeller. Bericht des Genossen Ziegler über die Reichstagssitzung.

Abteilung Nikolaitor
Funktionäre und aktive Mitglieder treffen sich Sonntag früh 9 Uhr, bei Kaps, Marianenstr. 17.
Schutzstaffel I wie oben.

Distrikt 46
Sonnabend, den 24. Oktober, 20 Uhr, im Restaurant Lincke-Hofmann, Sportplatz, Distriktsversammlung. Ref. Gen. F. Pietsch.

Distrikt 47
Heute, den 23. Oktober, 20 Uhr, im Lokal Leutzer in Pilsnitz, öffentliche Versammlung.

Distrikt 48
Sonnabend, den 24. Oktober: Frauenversammlung in Stabelwitz bei Thiel. Referent: Max Rausch.

Sozialistische Schulerschaft
Freitag, den 23. Oktober, 19 Uhr, spricht Genosse Pung Fai Tao Muliden bei uns. Werbt für diese Veranstaltung.

Sozialistische Studentenschaft
Donnerstag, den 22. Oktober, 20 Uhr, Heim, Mitgliederversammlung.

Achtung Erwerbslose!
Rat und Auskunft in allen Angelegenheiten erteilt werktäglich (außer Sonnabend) von 9 bis 11 Uhr die Erwerbslosenkommission der SAP., Seydlitzstr. 1, Heim 4.

Ois
Freitag, den 23. Oktober, 20 Uhr, Mitgliederversammlung im Volksgarten, Ritterstr.

Sozialistischer Jugend-Verband Breslau

Sonntag, abends 19 Uhr spricht die Genossin Dueby über Demokratie und Diktatur im Programm der SAP. Nur für die älteren Genossen. Ort: Friedr.-Wilhelm-Str. 45. Alle jüngeren Genossen kommen zu einem Zentralen Tanzabend zusammen. Beginn 19 Uhr, Ort: Ofenerschule.

Achtung! Sprechchormitglieder, Sonnabend, 19.30 Uhr, wichtige Probe in der Benderschule. Pflicht eines jeden Genossen ist es, sich an den Veranstaltungen des Sozialistischen Jugendverbandes zu beteiligen. Heut 20 Uhr gehen alle Heime ins Lobetheater.

Martinshornkapelle, heut 19 Uhr, Übungsabend.

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterkinderfreunde

Geschäftsstelle: Friedrich-Wilhelm-Straße 16

Wochenzettel vom 19. bis 25. Oktober 1931:

Alle Abteilungsleiter liefern bis heut abend Helferverzeichnis, Mitgliederlisten und Sparverzeichnis ab. Wochenzettelein-lieferungen jetzt immer spätestens bis Freitag bei Genossen Leo Kaufmann Königsplatz 5, abgeben.

Abteilung 1
Freitag: Rotfalken, Treffpunkt 5 Uhr, Wolfswinkel.

Abteilung 2
Freitag: Nestfalken II und III, Rosenschule. Wir lernen neue Lieder.
Sonntag: Bunter Nachmittag. Nestfalken von 15 Uhr bis 16.30 Uhr. Jung- und Rotfalken von 16.30 Uhr bis 19.00 Uhr.
Freitag: Vollversammlung der Jung- und Rotfalken, um 17 Uhr in der Kletschkauschule. Thema: Unsere Zeltnamen. Freundschaft! Alfred.

Abteilung 4 (Nikolaitor)
Freitag: Elternversammlung, 19.30 Uhr im Jugendheim.
Sonnabend: Jung- und Rotfalken. 17 Uhr in der Anderssenturnhalle.

Abteilung 5, Heim Seydlitzstr. 1
Freitag: 17 Uhr, Nestfalken I im Heim.
Sonnabend: 17 Uhr, Jung- und Nestfalken. Reichturnhalle.

Abteilung 6,
Freitag: Nestfalken, 16.45 Uhr, Brausebad.

Achtung Eltern! Die für heut angesetzte Elternversammlung der Parteikindergruppe wird von unseren Eltern nicht besucht.
Montag, 19 Uhr, engere, um 20 Uhr erweiterte Vorstandssitzung. Ort wird im Wochenzettel Montag bekanntgemacht.
Dienstag: Helfersitzung Heim Seydlitzstraße. Tagesordnung: Organisationsfragen und Ausgestaltung der Revolutionsfeier.

Arbeitereltern! Eure Kinder gehören zu den Arbeiterkinderfreunden. Bekanntmachungen in der neuen „Sozialistischen Arbeiterzeitung".

Alle Arbeiterkinder am 9. November schulfrei!

Deutscher Freidenker-Verband

Ortsgruppe Breslau

Genossin Dueby spricht heut abend im Gewerkschaftshaus im Auftrage des Deutschen Freidenker-Verbandes. Sie behandelt das Thema: Familie, Frau und Kirche. Der Besuch dieser Versammlung wird besonders den Frauen empfohlen.

Film - Theater

Proleton

Die Tonfilm-Bühne des Arbeiter-Sport-Kartell in der Gabitzstraße 20 Höfchenstraße 49 zeigt diese Woche den Tonfilmschwank „Der wahre Jakob". Wer zwei Stunden lang lachen will, soll sich diesen Film ansehen. Im Beiprogramm wird ein Kulturtonfilm „Das Geheimnis der Eischale" gezeigt. Künstliche Befruchtung von Eiern der Stichlinge. Die Entwicklung der jungen Karpfen. Befreiung aus der Eihülle. Der Entwicklungsvorgang beim Kücken. Ausschlüpfen aus der Schale und die ersten Lebensvorgänge des Hühnchens. Interessante Lebensvorgänge, welche das Auge sehr selten zu sehen bekommt. Für unsere Jugend findet Sonntag Nachmittag ½3 Uhr eine Kindervorstellung mit reichhaltigem Programm statt.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: R. Pfaff, Breslau
Verlag: Josef Ernst, Berlin SW 68
Druck: Th. Schatzky AG, Breslau 5

Jungproleten heraus!

Am Sonntag, den 25. Oktob., früh 10 Uhr, in der Monistischen Gemeinde, Grünstraße wird Heerschau gehalten beim:

„Roten Oktober-Appell"

Anrücken von 3 Sammelplätzen früh 9 Uhr
Süd-Ost: Sonnenplatz
West: Wachtplatz
Nord: Bauschulplatz
Programm: Musik — Sprechchor — Rezitationen
Ansprache der Genossin Dueby
Fahnen zur Demonstration an die Stellplätze mitbringen
Sozialistischer Jugend-Verband, Breslau

Lest die „roten Bücher" der „Marxistischen Büchergemeinde"

Proleton
Gabitzstraße 20-22
Höfchenstraße 49
Anfangszeiten 4.30, 6.40, 8.50 Uhr

Vom 23. bis 29. Oktober:
Der wahre Jakob
Im Beiprogramm:
Tiermütter
Kulturfilm:
Das Geheimnis der Eischale
Neueste tönende Wochenschau
Im Varietéteil auf der Bühne:
Sni-Tellos Komische Balance-Kunstler
Für Jugendliche verboten!

Sozialistischer Jugend-Verband
Genossin Gertrud Dueby, Berlin
vom Hauptvorstand der SAP.
spricht Sonntag, 19 Uhr, im Jugendheim Friedrich-Wilhelm-Str. 45, über
Demokratie oder Diktatur
Alle Genossen der SAP. sind eingeladen. Ausweise sind mitzubringen.

Bestellschein!
Hiermit abonniere ich die SAZ.
Sozialistische Arbeiterzeitung
Name: .....
Wohnung: .....
Beruf: .....
Bestellungen sind abzugeben im: Sekretariat der Sozialistischen Arbeiterpartei, Friedrich-Wilhelm-Straße 16, Telefon 567 68; Redaktion der „Sozialistischen Arbeiterzeitung", Neue Graupenstraße 5, II, links, Tel. 20602 und sämtl. Funktionären der SAPD